Mittag-Ausgabe.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.

Nr. 179

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich **drei Mal**, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 11. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **80 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe** bis **8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe** bis **5 Uhr Nachm.** angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

63. Sitzung vom 10. März, $1\frac{1}{4}$ Uhr.

Die dritte Berathung des **Militäretats** wird beim Kapitel **Militärjustiz-Verwaltung** fortgesetzt.

Abg. **Hinze** (dfr.) bringt die Soldaten-Selbstmorde zur Sprache und wünscht besonders Aufschluß über die Ursachen der Selbstmorde. Von 1873 bis 1888 seien im Ganzen bei 35,9 Proz. der Selbstmorde die Ursachen unbekannt geblieben. Das sei doch auffallend. Auffallend sei ferner, daß die meisten Selbstmorde auf das erste Halbjahr der Dienstzeit entfielen. Das weise auf schlechte Behandlung der Leute hin. Redner wünscht zu wissen, ob alle Selbstmordfälle auf ihre Ursache hin geprüft würden.

Generallieutenant **v. Spitz** erwidert, daß bei jedem Selbstmordanfall eine genaue gerichtliche Untersuchung stattfinde, und zwar unter Zuziehung eines Arztes, der auch über die Ursachen gehört werde. Er könne nur konstatiren, daß die Zahl der Selbstmorde in der Armee genau korrespondire mit der Verhältnißzahl der Selbstmorde in den Provinzen, aus denen die Truppen sich rekrutirten. Solange Aufzeichnungen beständen, sei dies feststehend. Daraus müsse geschlossen werden, daß die Zahl der Selbstmorde Ursachen entspringe, die nicht mit dem militärischen Leben zusammenhängen. Die meisten Selbstmorde kämen vor wegen Furcht vor Strafe, und zwar weit höher bei Chargirten als bei Gefreiten und Gemeinen, woraus sich ergebe, daß die Behandlung keineswegs eine vorwiegende Ursache für die Selbstmorde sei. Die Thatsache, daß im ersten halben Jahre die bei Weitem größte Zahl der Selbstmorde stattfinde, beweise, daß das Hinübertreten in ganz fremde Verhältnisse, die Trennung von liebgewordenen Verhältnissen, Heimweh, der Kommandoton der Kaserne ꝛc. ein Seelenleiden hervorbringen könne, das bei weichen Naturen zu Trübsinn und zum Selbstmord führe. Die Untersuchungen hätten ergeben, daß nur 1,5 Proz. der Selbstmorde auf Mißhandlungen zurückzuführen seien. Uebrigens sei seit 6 Jahren eine mäßige Abnahme der Selbstmorde zu verzeichnen.

Abg. Frhr. **v. Gültlingen** (Rp.) hat die Erklärungen des Vorredners mit Befriedigung zur Kenntniß genommen und befürwortet baldige Vorlegung der neuen Militärstrafprozeßordnung.

Abg. **Hinze** bezeichnet es als Aufgabe der Militärverwaltung, den jungen Rekruten die neuen Verhältnisse möglichst freundlich zu gestalten, weil die Behandlung im ersten halben Jahre entscheidend sei. Er gebe übrigens zu, daß in unserer Armee weniger Selbstmorde vorkommen, als in fremden Armeen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel: Höhere Befehlshaber beschwert sich Abg. **Richter** darüber, daß bei der letzten Geburtstagsfeier des Kaisers höhere Offiziere in ihren Trinksprüchen für die neue Militärvorlage eingetreten seien. Es sei unpassend, bei einer solchen Gelegenheit die parlamentarischen Kämpfe zu berühren.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel: Geldverpflegung der Truppen kommt Abg. **Richter** auf die Soldatenmißhandlungen zurück und bringt verschiedene Fälle zur Sprache. Besonders würden die Lehrer während ihrer Uebungen, nicht selten unter Beschimpfung ihres Berufes, mißhandelt. Es sei nothwendig, beim Militär eine strenge Todtenschau einzuführen, dann würde in vielen Fällen Mißhandlung als Todesursache festgestellt werden. Auch das Beschwerderecht müsse reformirt werden.

Kriegsminister **v. Kaltenborn** erwidert, daß die obligatorische Todtenschau beim Militär bereits bestehe. Die vom Vorredner angeführten Fälle würden untersucht werden.

Abg. **Hahn** (kons.) meint, es handele sich bei den Mißhandlungen nur um vereinzelte Fälle.

Abg. **Bebel** (Soz) befürwortet eine Reform des militärischen Beschwerderechts und Meldeverfahrens. Ohne diese Reform würden die meisten Fälle von Mißhandlungen nicht zur Anzeige kommen. Redner verbreitet sich eingehend unter Anführung zahlreicher Einzelfälle über die rohe, beschimpfende Form der Behandlung der Mannschaften seitens der Offiziere und Unteroffiziere auf den Exerzierplätzen und in den Kasernen, die vielfach jeder Beschreibung spotte und die Hauptursache der vielen Selbstmorde sei. Dabei werde von den Militärgerichten in systematischer Weise mit zweierlei Maß gemessen: der Vorgesetzte werde niedriger, der Gemeine immer höher bestraft, selbst bei den kleinsten Vergehen. Ein Offizier, der in Koblenz einen Commis aus Eifersucht meuchlings und ehrlos von hinten mit dem Säbel todtgestochen, sei nur mit einem Jahr Festung bestraft und nach einigen Monaten begnadigt worden. Redner will auf das allerhöchste Begnadigungsrecht näher eingehen, wird aber daran vom zweiten Vizepräsidenten Dr. Baumbach verhindert. Alle die Erlasse gegen die Soldatenschindereien seien bisher erfolglos gewesen, da sich die Betreffenden einfach nicht daran kehrten. So sei denn der junge Mann vom Tage des Eintritts in die Kaserne an recht- und schutzlos. Nur 20 Proz. der Offiziere und 10 Proz. der Unteroffiziere behandelten die Mannschaften menschlich. Es sei die höchste Zeit, daß den Scheußlichkeiten auf den Exerzierplätzen und in den Kasernen gesteuert werde. Seine Partei werde alljährlich diese Scheußlichkeiten im Reichstage zur Sprache bringen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister **v. Kaltenborn** erklärt, die Heeresverwaltung sei stets dankbar, wenn Schäden zu dem Zweck aufgedeckt würden, um zu bessern; aber die gestern und heute beliebten Variationen über das Thema Soldatenmißhandlungen, Militärgerichtsbarkeit ꝛc. entbehrten dieser Grundlage. (Oho! bei den Sozialdemokraten, Zustimmung rechts.) Die Leidenschaftlichkeit der Angriffe — fährt Redner fort — und die Fülle der Beleidigungen, die unter dem Schutze der Redefreiheit des Hauses ausgestoßen worden sind (Oho! bei den Sozialdemokraten, Bravo! rechts) lassen nicht darauf schließen, daß die Absicht vorliegt, die Armee zu bessern. (Widerspruch links, sehr gut rechts.) Die Vertreter der Sozialdemokratie wollen den Klassenhaß auch in die Armee tragen (Lebhafte Zustimmung rechts, Oho! bei den Sozialdemokraten) und am Bestand der ganzen Armee rütteln. (Zustimmung rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Es ist wiederholt konstatirt worden, daß von allerhöchster Stelle bis herab zum Hauptmann den Mißhandlungen entgegen getreten und eingehendster Bericht über alle zur Kenntniß kommenden Fälle gefordert worden ist. (Ruf links: Nützt nichts!) Die Mißhandlungen werden wir nie vollständig aus der Welt schaffen bei der Anhäufung einer so bedeutenden Anzahl von Menschen von verschiedener Bildung und verschiedenem Temperament, aber wo sie entdeckt werden, bleiben sie nicht ohne Sühne. Die Angriffe der Sozialdemokraten drücken nur ihren Haß gegen die Armee aus, und dieser Haß ist begreiflich (Abgeordneter Grillenberger ruft: Widerlegen Sie doch!). Sie betrachten die Armee als den Damm, der sich Ihren Bestrebungen entgegenstellt. (Lebhafter Beifall rechts, Widerspruch links.) Und dieses Bewußtsein, den Wall gegen die Sozialdemokratie zu bilden, ist auch in der Armee lebendig. Diesen Damm zu zerstören, werden Sie nie erreichen. (Bravo! rechts, Ruf bei den Sozialdemokraten: Wo bleibt die Widerlegung?)

Abg. Dr. **Lieber:** Mir steht es als einem Mitglied des Hauses nicht zu, über die Absichten der Herren Kollegen ein Urtheil auszusprechen. Aber das wird Herr Bebel selbst nicht verkennen, daß die Wirkung seines Vorgehens nur die sein kann, unsere hochverehrten und ehrenwerthen Offiziere und die Armee selbst sowie das ganze deutsche Volk aufs Tiefste zu verbittern. (Lebhafter Beifall rechts; Widerspruch links) und die Würde des Reichstags sowie das Ansehen unserer Nation und unseres Heeres vor dem Auslande herabzusetzen. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum). Ueber die Soldatenmißhandlungen ist hier im Reichstage schon viel gesprochen worden und nicht allein von den Sozialdemokraten; auch meine politischen Freunde haben früher gegen dieselbe ganz entschieden Stellung genommen. Und wir haben ja auch mit Befriedigung Kenntniß nehmen dürfen, wie von Allerhöchster Stelle herab und durch den Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen sowie von der bayerischen Regierung strenge Verordnungen gegen die Soldatenmißhandlungen ergangen sind. Es ist aber eine Uebertreibung ersten Ranges, wenn Herr Bebel behauptet, der gemeine Mann werde mit dem Eintritt in die Armee recht- und schutzlos (Ruf bei den Sozialdemokraten: Das ist eine Thatsache!) Es verstößt das jedenfalls auch gegen die Redefreiheit, wenn der Abg. Bebel einen Offizier, und mag sich derselbe auch noch so schwer vergangen haben, ehrlos nennt. (Lebhafte Zustimmung rechts). Freilich wird sich die Militärverwaltung immerhin fragen müssen, ob sie den Mißhandlungen nicht noch entschiedener als bisher entgegentreten kann. Es empfiehlt sich das schon deshalb, damit sich im Reichstage nicht die Sitte einbürgert, daß jedes Jahr die Soldatenmißhandlungen hier eingehend erörtert werden. Wo kein Feuer brennt, da entsteht auch keine Wolke, wie wir hier sie haben aufsteigen sehen. Aus den Aermeln werden doch solche Dinge nicht geschüttelt. Ich kann daher nur bitten, die Militärverwaltung möge die Sache im Auge behalten.

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (kons.) bezeichnet Bebels Rede als eine einzige Uebertreibung. Es sei unwahr, daß bei den Militärgerichten mit zweierlei Maß gemessen würde, unwahr, daß nur 20 Proz. der Offiziere ihre Mannschaften menschlich behandelten. Für Bebels Ausspruch, daß der Soldat völlig recht- und schutzlos sei, fehle ihm der parlamentarische Ausdruck. Die Sozialdemokratie wisse, daß die Armee der beste Damm gegen ihre Bestrebungen sei. (Gelächter bei den Sozialdemokraten). Die Sozialdemokratie rekrutire ihre Anhängerschaft hauptsächlich aus den jungen Leuten von 16—20 Jahren. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten); denen aber durch die dreijährige Schule der Armee der sozialdemokratische Geist ausgetrieben werde. Das sei es, was die Sozialdemokraten ärgere. (Gelächter bei den Sozialdemokraten, Bravo und Zustimmung rechts.)

Abg **Stadthagen** (Sozialdem.) bringt ebenfalls verschiedene Mißhandlungen zur Sprache, die er auf das Verhalten und die Qualifikation der Offiziere zurückführt.

Kriegsminister **v. Kaltenborn** erwidert, daß der Vorredner glücklicherweise nicht derjenige sei, der die Qualifikation der Offiziere zu beurtheilen habe.

Abg. **Bebel** bemerkt, der Kriegsminister würde besser gethan haben, zu erklären, was aus den Untersuchungen geworden, zu denen er voriges Jahr Herrn von Bötticher das Material gegeben. Mit der Leidenschaftlichkeit gegen die Sozialdemokratie sei es nicht gethan. Es habe ihm fern gelegen, den Offizierstand im Allgemeinen herabzusetzen. Daß aber die Offiziere nicht selten schuld an den Mißhandlungen seien, beweise der Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen, sowie der Erlaß des bayerischen Kriegs-Ministeriums. Dr. Lieber sollte sich daran erinnern, daß seine Parteigenossen im bayerischen Landtage gewissenhaft jede Soldatenmißhandlung zur Sprache gebracht hätten. Jedenfalls sei diese Haltung erhabener als die, welche heute Dr. Lieber eingenommen. In der holländischen Kolonial-Armee sei der Soldat, der von einem Unteroffizier mißhandelt werde, berechtigt, seine Peiniger zu Boden zu schlagen. Vielleicht wäre es gut, diese Methode auch in Deutschland anzuwenden.

Staatssekretär **v. Boetticher** bemerkt, daß das Material, welches ihm Bebel im vorigen Jahre über Soldaten-Mißhandlungen gegeben, geprüft worden sei. Ein großer Theil der Behauptungen sei durch die Erhebungen nicht nachgewiesen worden (Hört, hört! rechts), ein anderer Theil der Behauptungen sei in einem milderen Lichte erschienen, und in den Fällen, wo wirkich Mißbrauch der Dienstgewalt vorgelegen, sei von den Vorgesetzten Remedur geschaffen worden. (Hört, hört! rechts). Die Anführung einzelner Fälle hier im Reichstage könne überhaupt zu keinem Ergebniß führen. Die Vermuthung ist aber begründet, daß es den Herren von der Sozialdemokratie nicht allein um Abstellung von Uebelständen zu thun ist (Ruf bei den Sozialdemokraten: Um weiter gar nichts!), sondern darum, die Vorgesetzten bei der Armee und letztere im Volke zu diskreditiren. (Lebhafter Beifall rechts, Abg. Grillenberger ruft: Unwahr!) Ist es Ihnen nur darum zu thun, Schäden aufzudecken, so können Sie ja die Sache vor die rechte Schmiede bringen und den Instanzenzug einhalten. Das Kriegs-Ministerium führt doch keine Listen über Soldatenmißhandlungen, um ihnen darüber Rede zu stehen. Im Volke sei übrigens das Vertrauen zur Armee und ihrer Leitung nicht erschüttert. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum).

Abg. Dr. **Marquardsen** (natlib.) erklärt im Namen seiner politischen Freunde deren Zustimmung zu den Ausführungen der Abgg. v. Manteuffel und Dr. Lieber. Im Uebrigen empfiehlt Redner eine baldige Reform des Militärstrafprozesses nach bayerischem Muster.

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** konstatirt, daß Herr v. Böttícher die Deklamationen der Sozialdemokraten auf ihren richtigen Werth zurückgeführt habe. Mit der holländischen Kolonialarmee könne unsere Armee unmöglich verglichen werden.

Abg. Dr. **Lieber** ist gleich dem Staatssekretär der Meinung, daß es zwecklos sei, derartige Einzelheiten vorzubringen. Man möge zunächst den geordneten Instanzenzug inne halten. Redner schließt sich des Weiteren dem Verlangen des Abg. Marquardsen an nach baldiger Revision der Militärstrafprozeßordnung nach bayerischem Muster. Von Kadavergehorsam beim Militär könne keine Rede sein.

Abg. **Bebel** erinnert den Vorredner daran, daß daß Zentrum im Kulturkampfe im preußischen Abgeordnetenhause unzählige Einzelbeschwerden vorgebracht habe, ohne sich an den Instanzenzug zu kehren. (Sehr gut!) Wenn Lieber bereits soweit gekommen sei, die Soldaten auf das ihnen zustehende Beschwerderecht zu verweisen, dann sei er allmählich auf einen Standpunkt gekommen, der noch unter dem eines Regierungskommissars stehe. Wenn er gewußt hätte, was die Militärverwaltung aus Einzelfällen zu machen verstehe, so würde er sich im vorigen Jahre gehütet haben, dem Staatssekretär v. Böttícher sein Material zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **v. Böttícher** bemerkt, er könne dem Abg. Bebel nicht verbieten, seine eigenen Gedanken über die Maßnahmen der Militärverwaltung zu haben, aber das bleibe bestehen, daß die Mehrzahl der Fälle, welche der Abg. Bebel im vorigen Jahre vorgebracht, sich, als unbegründet herausgestellt hätten. Wenn der Abg. Bebel künftig kein Material mehr liefern wolle, weil dasselbe nach seiner Ansicht ganz merkwürdig behandelt werde, so möchte er erst recht fragen, was dann die ganze Geschichte für einen Zweck habe. Dann werde es doch auch dem blödesten Auge klar, daß die Angriffe auf die Militärverwaltung zu ganz anderen Zwecken erfolgten.

Abg. **Bebel** bittet den Staatssekretär v. Böttícher, ihm doch einmal Einsicht in das Aktenmaterial zu gestatten, damit er sehe, ob sich wirklich der größte Theil seiner früheren Behauptungen als unbegründet herausgestellt hätte. Derartige Untersuchungen würden übrigens am besten von einer aus der Mitte des Reichstages hervorgegangenen Kommission vorgenommen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ihm habe es fern gelegen, die Armee zu diskreditiren, aber er müsse sich auch das Recht wahren, über Vorkommnisse innerhalb der Heeresverwaltung das zu sagen, was er darüber denke. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Richter** hält die heutige Verhandlung vom parlamentarischen Standpunkte aus durchaus nicht für nutzlos, denn sie habe für die Nothwendigkeit einer Revision der Militärstrafprozeßordnung reiches Material geliefert. Auch gestern sei der Kriegsminister wieder mit allgemeinen Wendungen über diese wichtige Frage hinweggegangen. Es werde Aufgabe des Reichstags sein, der Gelassenheit, mit welcher die Militärverwaltung über diese Reform hinweggehe, endlich ein Ende zu machen.

Kriegsminister **v. Kaltenborn** erwidert, daß er mit allem Ernst und mit Anspannung aller Kräfte seit zwei Jahren an der Sache arbeite. Die Militärverwaltung sei bestrebt, nichts Ungenügendes vorzulegen.

Abg. **Richter** entgegnet, der jetzige Kriegsminister sei nun schon der fünfte, von dem er dieselbe Erklärung in Bezug auf die Militärstrafprozeßordnung höre. (Heiterkeit.) Unter diesen Umständen werde es die Militärverwaltung nicht übel nehmen können, wenn der Reichstag allmählich die schärfsten Mittel anwende, um die Revision der Militärstrafprozeßordnung zu erzwingen. (Beifall links.)

Die Debatte wird geschlossen und nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen das Kapitel bewilligt.

Hierauf vertagt sich das Haus bis morgen 1 Uhr. (Militäretat.) Schluß $\frac{1}{2}6$ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 10. März, 11 Uhr.

Die **dritte Etatsberathung** wird mit dem Kultusetat fortgesetzt.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) bringt die Behandlung der polnischen Kinder seitens deutscher Lehrer zur Sprache. Der Lehrer Spohn in Löbau habe die Schulkinder „polnische Hunde“ genannt. Der Lehrer hat, da ich dies öffentlich aussprach, eine Klage wegen Beleidigung gegen mich erhoben, mit der er abgewiesen wurde, weil ich die Wahrheit meiner Behauptung bewies. Das herrschende Schulsystem und das Benehmen der Lehrer verschulden mit die überhand nehmenden Schulversäumnisse in den polnischen Landestheilen. Es wäre angebracht, daß die Lehrer über die Gründe der Versäumnisse sich unterrichteten und den Eltern sofort von den Versäumnissen Mittheilung machen statt, wie das jetzt geschieht, erst nach Monatsschluß.

Ministerialdirektor **Kügler** erwidert, daß die Schulversäumnisse sich allerdings vermehrt hätten, daß aber die Folgerungen des Vorredners über das herrschende Schulsystem zu weit gingen. Den Prozeß gegen den Vorredner bedauere die Schulverwaltung ebenfalls.

Abg. Dr. **Graf** (nl.): Der Medizinaletat ist sehr kümmerlich bedacht, denn es entfallen von den gesammten 19 Millionen des Kultusetats nur $1\frac{1}{2}$ Millionen auf denselben. Die Medizinalreform muß endlich einmal durchgeführt werden, namentlich wird sie nach dem Zustandekommen des Reichsseuchengesetzes nöthig sein. Den Beamten muß durch entsprechende Dotirung die Möglichkeit gegeben werden, ihre ganze Thätigkeit ausschließlich diesem Gesetze zu widmen. Aber auch andere Aufgaben sind zu lösen, namentlich muß der bakteriologischen Forschung mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden, besonders mit Rücksicht auf die Trinkwasserverhältnisse, ferner muß die Bekämpfung der tückischen Krankheiten,

Scharlach und Diphtheritis, mehr berücksichtigt werden. Dazu bedarf es einer anderen Organisation, wie sie bereits in England besteht. Es scheint nothwendig, daß den Kreisphysikern ermöglicht wird, auf Privatpraxis zu verzichten, damit sie sich ganz der Thätigkeit im öffentlichen Dienste widmen können. Eine derartige Reform ist aber auch nöthig im Interesse der praktischen Aerzte. Zur Durchführung des Reichsseuchengesetzes mit seiner Anzeigepflicht ist auch eine andere Stellung der praktischen Aerzte nothwendig. Noch warten wir immer auf den Befähigungsnachweis für die Heilkunde. Wir wollen nicht länger die Kurpfuscher gesetzsetzlich schützen, sie müssen in die Winkel zurückgedrängt werden, in die sie hineingehören. Die Gewerbeordnung muß abgeändert werden. Hand in Hand damit muß eine andere Organisation des Aerztestandes gehen. Die Aerztekammern ermangeln der nöthigen Kompetenz, und es muß eine Organisation geschaffen werden, die mit disziplinaren Befugnissen ausgerüstet ist.

Geh. Rath **Bartsch**: Ueber die Frage der Organisation kann ich mich bei der Geschäftslage des Hauses nicht ausführlich äußern, und ich bemerke, daß die Aerzte selbst über diesen Punkt nicht völlig einig sind. Der Minister erkennt an, daß die Regelung dieser Frage sehr schwierig ist, und daß man die Sache erst eingehend berathen muß. Betreffs der Medizinalreform erinnere ich daran, daß die Regierung sich mit dieser Frage lebhaft beschäftigt und einen ersten Schritt gethan hat in der Einrichtung der Aerztekammern, und daß sie ferner bestrebt ist, die Stellung der Kreisphysici zu heben. Man vergesse auch nicht, daß diese Beamten nicht blos 900 M. Gehalt, sondern auch gewisse Nebeneinnahmen beziehen. Im Prinzip ist bezüglich der Aufbesserung Einverständniß zwischen dem Finanz- und Kultusminister. Wenn die Cholera im Frühjahre wieder auftreten sollte, sind wir vollständig gewaffnet. Wir haben nicht geruht, denn abgesehen von dem Reichsseuchengesetz, das uns schwere Arbeit verursacht hat, sind wir jetzt auch daran, eine neue Apothekenordnung auszuarbeiten. Wir haben für die sanitäre Verbesserung in Stadt und Land gesorgt, und des Ministers unablässige Sorge ist auf die Verbesserung unseres Medizinalwesens gerichtet.

Abg. Graf **Clairon d'Haussonville** (kons.): Die Aeußerungen der Abgg. Graf Limburg und v. Heydebrand über die Lehrer sind im Lande vielfach mißverstanden worden, und die Presse hat zu diesem Mißverständniß das ihrige beigetragen. Im Namen meiner politischen Freunde und mit deren einhelliger Einstimmigkeit kann ich erklären, daß wir wie bisher stets bereit sind, billigen und gerechten Wünschen der Lehrer auf Verbesserung ihrer Lage entgegenzukommen. Allerdings müssen wir daran die Bedingung knüpfen, daß die Finanzlage des Staates es gestattet, und daß in gleichem Maße auch unsere Beamten Berücksichtigung finden. Unser Verhalten in der Steuerkommission gegenüber der Vorlage betreffend Verbesserung des Volksschulwesens hat das ja bewiesen. Wir bitten darum auch die linke Seite des Hauses, in ihrer Presse dafür zu sorgen, daß dieses Mißverständniß beseitigt werde.

Auf eine Anfrage des

Abg. Frhr. **v. Minnigerode** (kons.) bezüglich der Verlängerung der Besuchszeit der Museen erwidert

Kultusminister Dr. **Bosse**: Man muß den Leuten, die nur am Sonntag in das Museum gehen können, die Möglichkeit dazu gewähren; es sind mir in dieser Hinsicht viele Anträge zugegangen, die Besuchszeit am Sonntag zu verlängern. Die Leute, die in die Museen gehen, sind nicht die schlechtesten. Die Unterrichtsverwaltung hält es für ihre ernste Pflicht, diesen Leuten den Besuch der Museen zu erleichtern. Auf Kosten der Sonntagsruhe der Aufsichtsbeamten soll das nicht geschehen. Wir werden das nöthige Personal dazu haben müssen. Es ist in Aussicht genommen, einen Turnus einzuführen, der dahin geht, daß die Beamten reihenweise herangezogen werden, und daß auf diese Weise bestimmte Sonntage für den Beamten ganz frei bleiben. Wir werden auch eine Anzahl Hilfspersonen heranziehen. Die Leute, die nur am Sonntag das Museum besuchen können, haben ihre Essenszeit meistens zwischen 12 und 3 Uhr. Eine Verlängerung der Besuchszeit ist schon darum sehr nöthig, weil am Sonntag die Museen meist überfüllt sind. Es ist oft in der National-Galerie nicht möglich, an gewisse Bilder heranzukommen.

Abg. **Schnatsmeier** (kons.) wünscht eine strengere Sonntagsruhe. Wäre diese Sonntagsruhe strenger, so wären die Kirchen in Berlin wohl auch besser besucht. Auch die Seelsorge scheint hier mangelhaft. Noch niemand ist durch die Sonntagsruhe arm geworden, im Gegentheil finden wir, daß das, was am Sonntag verdient wird, am Montag verjubelt wird.

Kultusminister Dr. **Bosse**: Die Sonntagsruhe, deren Durchführung nicht nur mir allein, sondern auch dem Minister des Innern und dem Handelsminister obliegt, darf viel weniger unter dem Gesichtspunkte einer gesetzlichen Verpflichtung als des guten Rechts, einer Wohlthat betrachtet werden. Bei einer so einschneidenden Maßregel wie die Sonntagsruhe wird es längerer Zeit bedürfen, bis sie sich eingebürgert hat. Die Seelsorge, über die der Vorredner für Berlin geklagt hat, ist zunächst Sache der Kirchengemeinden, und wenn ich um Hilfe angegangen werde, so gewähre ich sie auch, soweit es möglich ist.

Abg. **v. Pilgrim** (frk.) wünscht die Aufbesserung der Kreisphysici noch vor Durchführung der Medizinalreform.

Abg. **Seidel** (nl.): Die Lehrer auf dem Lande bedürfen, wie zahlreiche mir vorliegende Petitionen beweisen, dringend einer Verbesserung. Ich konstatire dabei mit Genugthuung den milden Ton, den die Konservativen heute angeschlagen haben. Gerade die rechte Seite des Hauses hat alle Veranlassung, dem Finanzminister dankbar zu sein in dieser Session, und darum sollte sie alle Bestrebungen der Regierung auf Besserstellung der Lehrer unterstützen. Es ist von Werth, vor Schluß der Legislaturperiode festzustellen, daß Einigkeit in der Auffassung über die Nothwendigkeit der Gehaltsaufbesserung der Lehrer herrsche. Die armen Landgemeinden, welche schwere Schullasten zu tragen hätten, müssen unterstützt werden.

Abg. **v. Strombeck** (Ztr.): Wir stehen keiner anderen Partei im Wohlwollen gegen die Lehrer nach. Wir erkennen die Wichtigkeit des Standes an. Namens meiner politischen Freunde erkläre ich auch, daß der Minister volles Vertrauen bei uns findet. Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bleiben freilich bestehen. Wir hoffen, daß unsere Forderungen bezüglich der Missionspfarrer vom Minister als berechtigt werden anerkannt werden. Jedenfalls darf die Sache nicht dilatorisch behandelt werden. Von der Einbringung von Anträgen haben wir Abstand genommen, weil wir doch kein anderes Resultat als bei der zweiten Lesung erreicht hätten. Doch können wir den Standpunkt der Regierung nicht als berechtigt anerkennen, daß sie nicht aus eigener Initiative zur Beseitigung des Rechts der Kulturkampfgesetze übergehen könne. Sie hat das schon früher gethan und unsere Wünsche sind ihr bekannt. Anträge von unserer Seite würden lange nicht so wirkungsvoll sein, wie Vorlagen der Regierung. Ich bitte den Minister, die nachbestehenden Ausnahmegesetze abzuschaffen.

Abg. Dr. **Arendt** (fk.): Die Regierung hat nicht nur den Wünschen des Zentrums, sondern auch der andern Parteien nachzukommen. Was die Besserstellung der Lehrer und die Entlastung der Gemeinden betrifft, ist ja vollste Uebereinstimmung vorhanden. Durch die Erklärung des Grafen d'Houssonville wird manches Vorurtheil gegen die Konservativen beseitigt werden. Die Ausführungen der Abgg. von Heydebrann und von Minnigerode haben sich wohl mehr gegen die übertriebenen Forderungen der Lehrer gerichtet. Thatsächlich schaden sich die Lehrer selbst durch solche Uebertreibungen. Sie müssen sich auf das Erreichbare beschränken. Sie dürfen nicht vergessen, daß der Staat für alle Beamten zu sorgen hat. Die Lehrer sind außerordentlich schlecht berathen, wenn sie sich den Parteien anschließen, die sich einer gesunden wirthschaftlichen Politik verschließen, die recht viel Ausgaben möchten, ohne die Einnahmen zu bewilligen. Ich habe zum Minister das volle Vertrauen, daß er für die Lehrer wirken und schaffen wird. Berechtigte Wünsche sind bessere Fürsorge für die Relikten und früherer Beginn mit den Alterszulagen, etwa fünf Jahre nach dem Dienstantritt. Die Unterscheidung zwischen Städten mit mehr und weniger als 10 000 Einwohnern muß dabei fallen. Auch auf dem Gebiet des Mittelschulwesens muß vorgegangen werden. Noch in dieser Session muß ein Mittelschulgesetz vorgelegt werden. Endlich ist auch eine Gehaltsaufbesserung der Seminarlehrer erwünscht.

Minister Dr. **Bosse**: Ich hoffe, daß alle Parteien sich vereinigen werden, die dringendsten Nothstände in Bezug auf die Lehrerbesoldung zu beseitigen. Ich bin dem Abg. Arendt dankbar, daß er den Lehrern ans Herz gelegt hat, sie möchten ihre Wünsche aufs Erreichbare lenken. Angesichts unserer Finanzlage hat auch die Unterrichtsverwaltung die Pflicht, sich auf das Nothwendige zu beschränken. Das sollen sich auch die Lehrer gesagt sein lassen. Das muß ich jedoch sagen, die Wünsche der Lehrer haben, soweit sie an mich gekommen sind, einen durchaus bescheidenen und verständigen Charakter. (Hört! hört! links.) Ich möchte auch die Reliktivversorgung verbessern und die Alterszulagen ausdehnen. Das allein aber erfordert drei Millionen. In den Orten unter 10 000 Einwohnern geben wir den Lehrern direkt die Alterszulagen. Ist ein Ort selber im Stande, die Alterszulagen zu zahlen, so halten wir ihn zur Zahlung an. Ist es nicht der Fall, so geben wir Zuschüsse. Das geschieht schon bei mehreren Städten. Für das Mittelschulwesen liegt bereits ein Entwurf vor, und ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß er noch in dieser Session an den Landtag kommt, kann eine feste Zusage jedoch nicht geben. Auch auf dem Gebiet der Reform des höheren Schulwesens und des Universitätswesens sind Vorarbeiten im Gange. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß wir bei reiflicher und treuer Arbeit auf dem Gebiet der Schule selbst ohne Schulgesetz weiter kommen werden zum Heil unseres Landes und zum Wohl der Lehrer. (Beifall.)

Abg. **Neubauer** (Pole) hält es nicht für richtig, wenn der Kreisschulinspektor zugleich Lokalschulinspektor sei.

Abg. **Szmula** (Ztr.) erwidert dem Minister auf seine Rede in zweiter Lesung, er könne nicht begreifen, wie man von einer großpolnischen Agitation in Oberschlesien sprechen könne. Der Minister habe die Pflicht, ein Zusammengehen zwischen Lehrern und Geistlichen zu befördern, damit sie vereint gegen die sich auch schon in Schlesien verbreitende Sozialdemokratie vorgehen. Der Lehrer könne in Oberschlesien nicht gegen die Sozialdemokratie kämpfen, wenn ihm der Gebrauch der polnischen Sprache und der Besuch von Versammlungen verboten werde, in denen polnisch gesprochen wird. Da der Unterricht nur in deutscher Sprache ertheilt werde, welche die Kinder nicht verständen, so gehe der Unterricht nur langsam vorwärts. Dadurch werde der Lehrer ungeduldig und zu Mißhandlungen verleitet. Es sei aber eine Barbarei, ein Kind zu schlagen, das im Unterricht nicht mitkomme.

Minister Dr. **Bosse**: Mir sind in diesen Tagen polnische Blätter in die Hand gekommen, in denen steht, die polnischen Vertreter im Abgeordnetenhause seien viel zu zaghaft, sie sollten nur offen zugeben, was doch nicht zu leugnen sei, daß eine nationalpolnische Agitation sowohl in Westpreußen, wie in Posen bestehe. Daß unter den Schulkindern in einer Weise agitirt wird, welche Ziele der Schule und das gemeinsame Zusammenleben gefährdet, geht daraus hervor, daß die Kinder aufgefordert sind, Briefe an den „Katolik" zu schreiben darüber, wie ihre Lehrer sie behandelten. Diese Briefe sind veröffentlicht worden. Darin war unter anderem zu lesen: „Schlesien ist der älteste Theil Polens", die heilige Mutter Gottes sei die Königin Polens, die polnische Sprache könne selbst durch deutsche Kanonen nicht vernichtet werden." Das angegriffene Deutschthum wollen wir schützen. Weiter nichts! (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Auf eine Beschwerde des

Abg. **Motty** (Pole) erwidert

Minister **Bosse**: Kein Lehrer hat das Recht, den Kindern zu sagen, in welcher Sprache sie sich außerhalb der Schule unterhalten sollen.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole): Der Minister sagt, er wolle das Deutschthum schützen. Wir wollen das Polenthum schützen. Mit der Peitsche bringen Sie keine Kenntniß des Deutschen in die Kinder. Rütteln Sie nicht an dem Ideal der Erhaltung der Muttersprache. Sonst können Sie Böses erleben.

Abg. **Rickert** (dfr.): Ich habe gehört, daß die Lehrer Einladungen zum konservativen Parteitag erhalten haben. Das ist an sich nichts Verwerfliches, aber es ist auffallend, angesichts der Thatsache, daß die Lehrer keinen Urlaub zu Lehrerversammlungen erhalten haben. Abg. Graf d'Haussonville hat unter lebhaftem Protest gegen die freisinnige Presse das Wohlwollen der konservativen Partei für die Lehrer betont. Dieselben Herren haben ja schon öfter erklärt, ohne Schulgesetz kein Dotationsgesetz. Das heißt doch, das Dotationsgesetz ad Calendas Graecas vertagen. Denn wir können in den nächsten Jahren doch kein Schulgesetz machen. (Zuruf rechts: Warum?) Wir haben ja gesehen, daß die Mehrheit für das Schulgesetz eine sehr fragliche war, sie mußte Schritt für Schritt erkämpft werden. Wenn ein Schulgesetz von demselben Kaliber kommen sollte, dann hoffe ich, wird sich das Bündniß gegen das Gesetz bis in Ihre Reihen erneuern. Es wird Ihnen nicht gelingen, das Gesetz durchzubringen, und wenn Sie das Volksschulgesetz zur Parole machen wollen, wir sind gern bereit, daraufhin in den Wahlkampf einzutreten.

Abg. **Knörcke** (dfr.): Die Betheuerung, daß die Konservativen Interesse für die Lehrer haben, habe ich hundertmal gehört, ohne daß den Worten die That gefolgt wäre. Sie werden Ihr Wohlwollen demnächst bei der zweiten Lesung des Gesetzes betr. Verbesserung des Volksschulwesens beweisen können. Dr. Arendt hat die Lehrer der Uebertreibung beschuldigt. Die maßgebenden Kreise unter den Lehrern wollen weiter nichts als ein Minimalgehalt von 1000 bis 1200 M. und eine Maximalalterszulage von 600 M. Die Konservativen wollen immer, daß die Lehrer nicht zu viel lernen. Dabei fällt mir ein Vorkommniß aus meiner Amtszeit ein. In meiner Gemeinde war eine Lehrerstelle frei. Als ich fragte, wer für diese Stelle gewählt werden solle, wurde mir gesagt: Suchen Sie, den Dummsten, den Sie finden, der frißt am besten aus der Hand. Die Lehrer wollen sich in eine Position hinaufarbeiten, die sie beanspruchen können und die ihnen noch immer versagt wird. Ich werde nicht nachlassen, diese bescheidenen Forderungen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Abg. **Roeren** (Ztr.) verlangt Beseitigung der altkatholischen Kreisschulinspektoren.

Abg. **Stöcker** (kons.): Wir verkennen nicht die Wichtigkeit der Kunst, wir sind nur deshalb gegen eine weitere Ausdehnung der Besuchsstunden der Museen am Sonntag eingetreten, um die Beamten zu entlasten. Für uns ist allerdings nicht die Kunst das Höchste, für uns ist das die Religion und die Sittlichkeit. An ein Dotationsgesetz können wir allerdings nicht eher herantreten, als bis wir die Grundlagen festgestellt haben, auf denen die Volksschullehrer auf das Volk einwirken. Ich weiß auch, daß die Lehrer selbst volles Verständniß für diesen Standpunkt haben. Wir bedauern den Fall des Volksschulgesetzes; denn in Zeiten, wo wir mit wilden, zügellosen Mächten zu kämpfen haben, kann man nicht zugeben, daß die Staatsautorität, wie es thatsächlich geschehen ist, durch das Zurückziehen des Volksschulgesetzes leidet. Mit solchen Anekdoten, wie er sie vorgebracht hat, richtet Herr Knörcke nicht viel aus; ich erinnere ihn daran, daß er in derselben Gemeinde angestellt war. (Große Heiterkeit rechts.) Daß manches Lehrerhaus Noth leidet, wird auch von unserer Seite nicht bestritten. Wir werden die Lehrer fördern, so lange wir können, wenn sie dem Vaterlande die Dienste leisten, die sie zu leisten vermögen. (Unruhe links). Aber im Hinblick auf die große Versammlung der Lehrer in Berlin müssen wir uns fragen, ob da die Grundlagen gelegt sind, auf denen unsere Jugend fortschreiten kann. (Unruhe links). Der hohen Pflicht, nicht blos agitatorisch auf den Beifall zu spekuliren, sondern auf die Sache zu sehen, werden wir uns niemals entziehen. (Beifall rechts.) Hauptsächlich möchte ich jedoch die Irrenfrage vorbringen. Selbst bei Richtern sind häufig ärztliche Gutachten in solchen Fällen für leichtfertig erklärt worden; da ist es angezeigt, die Regierung zu fragen, wie sie diese Sache ordnen will. Dabei kommen drei Punkte in Betracht. Erstens ist eine größere Sorgfalt bei der medizinischen Begutachtung nöthig. Zweitens haben einzelne Personen Monate lang in den Irrenhäusern verweilen müssen, ohne ihre Beschwerde vorbringen zu können. Das darf nicht geschehen in einer Gesellschaft, welche in der persönlichen Freiheit das höchste persönliche Gut sehen. Deßhalb ist es erforderlich, daß die Anstalten, welche sich in Privathänden befinden, alle Monate einmal durch eine Kommission revidirt werden, bei der jedoch nicht bloß Aerzte betheiligt sind. Drittens muß eine Aenderung dahin eintreten, daß zwischen dem ärztlichen Gutachten und der gerichtlichen Verhandlung nicht ein zu großer Zeitraum vergeht. (Beifall rechts).

Geheimrath **Bartsch**: Die Regierung wendet dieser Angelegenheit das allerernsteste Interesse zu. Das sage ich besonders gegenüber den Ausführungen in der Presse, daß die Regierung diesem Zweig der Verwaltung nicht die nöthige Aufmerksamkeit widmet. Es bestehen bis jetzt nur Bestimmungen über die Aufnahme, die sich im Wesentlichen als richtig erwiesen haben. Wir haben das Material aus den Nachbarstaaten geprüft und haben im vorigen Jahr ein umfangreiches Gutachten verfaßt, das auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden soll. Die jetzt bestehenden Vorschriften über die Revision der Anstalten bedürfen einer Erweiterung. Auch wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein einzelner Beamter nicht ausreicht, um eine geeignete Aufsicht auszuüben. Deshalb wollen wir eine Besuchskommission herstellen. Der Justizminister und der Minister des Innern haben diese Gutachten im Ganzen anerkannt. Da die Sache jedoch noch ausgearbeitet werden muß, muß vorher eine kommissarische Berathung stattfinden. Die betheiligten Minister werden Alles thun, um die Frage zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf **Clairon d'Haussonville** weist den Ausführungen Knörckes gegenüber darauf hin, daß die Konservativen das Lehrerpensionsgesetz zu Stande gebracht haben.

Abg. Dr. **Arendt** (fk.) führt aus, daß die Uebertreibungen, welche sich einzelne Lehrer haben zu Schulden kommen lassen, schließlich dem ganzen Stand zur Last gelegt würden.

Abg. **Knörcke** erklärt, dem Abg. Stöcker nicht auf das Gebiet persönlicher Polemik folgen zu wollen.

Abg. **Cremer**-Teltow (bei keiner Partei) regt an, daß das Gewerbemuseum, welches bisher dem Unterrichtsministerium unterstehe, dem Handelsministerium unterstellt werde. Außerdem spricht sich Redner gegen Erweiterung der Besuchsstunden der Museen an Sonntagen aus mit Rücksicht auf den angestrengten Dienst der Beamten, die noch dazu gezwungen würden, am Sonntag einen Nebenverdienst zu suchen.

Abg. Dr. **Enneccerus** (ntl.): Das werthvolle Kulturmaterial, welches in unsern Museen sich befindet, muß dem Publikum am Sonntag geöffnet werden. Die geistigen Grundlagen der Volksschule sind ohnehin gesichert. Wenn die Rechte hier davon spricht, die geistigen Grundlagen der Volksschule müßten festgestellt werden, bevor das Dotationsgesetz verabschiedet werden könne, so handelt es sich darum, die Grundlagen in dem Sinne einer bestimmten Partei in der evangelischen Kirche festzustellen. Das kommt hinaus auf eine geistige Herabdrückung der Lehrer, welche sie nicht mehr fähig machen würde, ihrer Aufgabe zu genügen.

Abg. **Goldschmidt** (dfr.) vertheidigt die Forderung der Ausdehnung der Besuchsstunden der Museen am Sonntag gegenüber Freiherrn v. Minnigerode.

Der Etat wird genehmigt, desgleichen das Etatsgesetz.

Damit ist die dritte Lesung des Etats erledigt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Wahlgesetz.)

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 10. März. Die heutige Reichstagsdebatte über die Soldatenmißhandlungen ist, wie die Abgg. von Marquardsen und Richter übereinstimmend betonten, als werthvoller Beitrag zur Nothwendigkeit der Reform des Militärstrafprozeßverfahrens zu betrachten. Man muß sich durch die Leidenschaftlichkeit der Bebelschen Angriffe nicht beirren lassen. Der sozialdemokratische Redner hat gegen die Offiziere und Unteroffiziere Vorwürfe geschleudert, deren Uebertreibung ihre Strafe schon in sich trug. Denn es war Herrn v. Bötticher, dem Kriegsminister, wie dem konservativen Abg. v. Manteuffel dadurch verhältnißmäßig leicht gemacht, den Spieß umzukehren und die Sozialdemokratie der bewußten Untergrabung unseres Heerwesens zu bezichtigen. Aber was gehen uns Andere die Unklugheiten des Herrn Bebel an? Trotz seiner Uebertreibungen bleibt es doch leider wahr, daß schlimme Dinge in der Armee vorkommen, und daß beim jetzigen Verfahren die erforderliche Kontrolle fehlt, einmal, um diese Dinge genau zu erkennen, zweitens, um die Wirkung der wohlmeinenden Abhilfsversuche der obersten Verwaltung zu prüfen. Den sozialistischen Angriffen wird nicht besser begegnet werden können, als indem endlich einmal unser Militärstrafprozeß mit den Anforderungen der humanen Zeit in Einklang gebracht wird. Wenn die heutige Verhandlung einen weiteren Anstoß nach diesem Ziele hin gebracht haben sollte, so würde man gern all das Widerwärtige in den Kauf nehmen, was in der Debatte vorkam.

— Der Bundesrath ertheilte in der am 9. d. M. abgehaltenen Sitzung dem Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen dem Reich und dem Freistaat Kolumbien, dem Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen und dem Entwurf einer Branntwein-Reinigungsordnung die Zustimmung. Einer Aktiengesellschaft wurde auf ihren Antrag das Recht zugestanden, zu einem gemeinnützigen Zweck Aktien unter dem gesetzlichen Mindestbetrage auszugeben.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. **Berlin**, 10. März. [Die Ablehnung der Militärvorlage in der Militärkommission.] Graf Caprivi hat heute in der Militärkommission die Antwort auf die Erklärungen erhalten, die er in der vorgestrigen Sitzung auf die Anfrage des Abg. Hinze ertheilt hat, die dahin ging, die Linie zu bezeichnen, bis zu der die Regierung dem Reichstage entgegenkommen könne. Graf Caprivi hat erklärt, die Vorlage sei ein durchdachtes Ganzes, von dem etwas aufzugeben die Regierungsvertreter schon „formal“ nicht in der Lage seien. Solange die Regierung auf diesem Standpunkt beharrt, wird die Kommission und nach Ostern auch das Plenum nur bei dem Nein stehen bleiben können. Sie wird für ihre Vorlage nur die Stimmen der konservativen Parteien haben, die zwar die zweijährige Dienstzeit nicht wünschen, aber für die unveränderte Vorlage mit der zweijährigen Dienstzeit stimmen, weil sie sicher sind, daß ihr Votum praktisch ohne Folgen bleibt, weil diese Parteien nur eine kleine Minderheit des Hauses bilden. Mit seiner Erklärung hat Graf Caprivi im Grunde nur dem Zentrum das Heft in die Hand gegeben. Nach den Erklärungen des Abg. Lieber ist das Zentrum seinerseits entschlossen, nicht über die gegenwärtige Friedenspräsenzziffer hinauszugehen. Höhere Forderungen lehnt es ab. Nachdem Graf Caprivi schon vorgestern erklärt hat, dieser Standpunkt sei für die Regierung unannehmbar, hat das Zentrum darauf verzichtet, seinerseits einen derartigen Antrag zu formuliren und es hat heute auch gegen den Antrag Richter, der die bisherige Friedenspräsenzziffer bis zum 1. Oktober 1895 bewilligen wollte, gestimmt, sodaß für den Antrag Richter nur die Stimmen der Freisinnigen und der Volkspartei abgegeben wurden. Die Nationalliberalen haben ihre Anträge noch nicht eingebracht, wie Herr v. Bennigsen bemerkte, weil nach der letzten Erklärung des Reichskanzlers es nutzlos sei, für die erste Lesung bestimmte Vorschläge zu machen. Er erklärte sich aber bereit, 50 Millionen Mark zu bewilligen. Dagegen sagte Dr. Lieber, damit wäre die zweijährige Dienstzeit zu theuer erkauft. Inzwischen hat der Reichskanzler, anscheinend von der Voraussetzung ausgehend, daß nunmehr sowohl die unveränderte Regierungsvorlage, als die Anträge Richter-Lieber außer Frage ständen, folgende neue Erklärung abgegeben: die Regierung sei in ihrer Ueberzeugung, daß eine erhebliche Verstärkung unserer Wehrkraft nothwendig sei, nicht erschüttert; sie wolle kein Flickwerk und habe nur das Nothwendige gefordert. Zu weiteren Erklärungen und zum Entgegenkommen gegenüber Vorschlägen, die das Ziel zu erreichen geeignet sein würden, sei sie bereit. Was bedeutet diese Erklärung? Sollte wirklich eine Vermehrung der Rekrutirung um 47 000 Mann das letzte Wort der Regierung sein? Dann würde allerdings, wie heute offiziöse Korrespondenten, z. B. im „Hamb. Korresp.“, in der „Schles. Ztg.“ u. s. w. behaupten, das Bennigsensche Angebot von 40 000 Rekruten ebenso unannehmbar sein, wie der Antrag Richter. Dann dürften aber auch diejenigen, die unter Umständen geneigt sind, über den Antrag Richter hinauszugehen, sich der Mühe, in der 2. Lesung oder im Plenum Anträge einzubringen, überhoben erachten. Die Verantwortlichkeit für das Scheitern der Vorlage wird aber dann nicht auf Seiten des Reichstags, sondern auf Seiten der Regierung sein.

Militärisches.

* **Personalveränderungen im V. Armee-Korps.** Krause, Sek.-Lt. vom Westfäl. Füs.-Regt. Nr. 37 vom 1. April d. J. ab auf ein Jahr zur Dienstleistung bei der Gewehr-Prüfungskommission kommandirt. Peto, Roßarzt vom Posen. Feld-Art.-Regt. Nr. 20, zum 2. Leib-Hus.-Regt. Kaiserin Nr. 2 versetzt.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 10. März. Die „Hamb. Börsenhalle“ meldet, sie habe infolge der an der heutigen Börse wiederholt aufgetretenen Gerüchte über neue choleraverdächtige Erkrankungen bei der Cholerakommission des Senats Erkundigungen eingezogen, aber die Auskunft erhalten, daß kein verdächtiger Fall gemeldet worden sei. Fast täglich kämen Evakuirungen nach der Quarantainestation in der „Concordia“ vor, beispielsweise sei gestern noch eine Anzahl in Schmutz verkommener Vagabonden zur Reinigung nach der „Concordia“ geschafft worden, aber in keinem Falle sei Verdacht von Cholera der Grund gewesen.

Braunschweig, 10. März. Durch Erlaß des Staatsministeriums ist wegen Maul- und Klauenseuche die Einfuhr lebender Schafe aus Oesterreich-Ungarn in das Herzogthum Braunschweig gänzlich verboten und die Durchfuhr lebender Schafe, sowie die Einfuhr lebender Schweine nur unter bestimmten Bedingungen und Einschränkungen gestattet.

Wien, 10. März. [Abgeordnetenhaus.] Bei der Berathung des Budgets des Ackerbauministeriums sprach sich der Jungczeche Dvorzak gegen die deutsche Handelspolitik aus und erklärte, das Zustandekommen eines deutsch-russischen Handelsvertrages sei trotz des Ansturms der deutschen Agrarier zu erwarten; der Rückgang des österreichischen Viehexports sei eine Folge der willkürlichen Maßnahmen Deutschlands selbst gegen seuchenfreie Distrikte.

Pest, 10. März. [Abgeordnetenhaus.] Koloman Tisza erklärte die Behauptung Asboths, wonach er in seiner Stellung als Ministerpräsident seiner Zeit die römische Kurie um ihre Vermittelung im Interesse innerer politischer Angelegenheiten angegangen habe, für vollkommen unwahr. Der Redner trat sodann mit großer Wärme für die obligatorische Zivilehe ein.

Wien, 10. März. Das „Fremdenblatt“ bespricht die am Sonnabend in Dresden zusammentretende Sanitätskonferenz und führt dabei aus, daß das österreichisch-ungarische Auswärtige Amt, in Erkenntniß der Wichtigkeit, gegen das Eindringen der Cholera auch von anderen Richtungen, als auf dem Seewege einen Schutzdamm zu errichten, nach Beendigung der Konferenz in Venedig an diese schwierige Aufgabe ging und mit den übrigen interessirten Mächten in Fühlung trat. Im letzten Jahre sei, abgesehen von Rußland, die Lokalisirung der Cholera durch die weitgehendsten Verkehrsbeschränkungen gelungen, doch frage es sich, ob dasselbe Ziel nicht auch bei größerer Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse von Handel und Verkehr erreichbar sei. Unter Ueberwindung nicht unbeträchtlicher Schwierigkeiten sei es gelungen, dieser Erkenntniß bei den übrigen europäischen Regierungen Geltung zu verschaffen und die Beschickung der Konferenz durch alle berufenen Staaten zu sichern.

Eine der wesentlichsten Aufgaben der Konferenz werde in der Festsetzung der Maximalgrenze bezüglich der Absperrungsmaßregeln bestehen und zugleich darin, eine allgemein anerkannte Richtschnur dafür zu gewinnen, wenn solche Maßregeln überhaupt anzuwenden seien.

Petersburg, 10. März. Als Nachfolger des verstorbenen Generalmajors Scheremetjew, Kommandeur des kaiserlichen Convois, wird der Fürst Golitzin, Leiter der kaiserlichen Hofjagd, genannt.

Lausanne, 10. März. Heute haben vor dem Bundesgericht die Verhandlungen über zwei von den auf die Mönchensteiner Katastrophe bezüglichen Haftpflichtfällen begonnen.

Rom, 10. März. (Deputirtenkammer.) Auf eine Anfrage der Deputirten Cavallini, Rossi und Mussi erwiderte der Handelsminister, ihm sei nicht bekannt, daß Deutschland an Oesterreich bezüglich des Viehhandels besondere Erleichterungen gewährt habe. Es seien im Gegentheil deutscherseits gewisse Beschränkungen erlassen worden. Die deutsche Regierung habe die an sie gelangenden Beschwerden stets wohlwollend geprüft. Cavallini entgegnete hierauf, er spreche nicht von veterinärpolizeilichen Beschränkungen, sondern von thatsächlich gewährten Erleichterungen. Er habe zu der Regierung das Vertrauen, daß sie sich bestreben werde, für den italienischen Handel die gleichen Vortheile zu erlangen.

London, 10. März. [Unterhaus.] Gladstone beantragte, morgen Sitzung abzuhalten. Balfour bekämpfte den Antrag als beispiellos, die Regierung suche einer großen Minorität beider Häuser Zwangsmaßregeln zu diktiren. Harcourt wies diesen Vorwurf zurück und betonte, daß die Obstruktion seitens der Opposition die Sonnabend-Sitzung absolut nothwendig mache. Hanbury stellte einen Unterantrag, wonach die morgige Sitzung dem Mittwochreglement zu unterwerfen sei und daher um 6 Uhr geschlossen werden solle. Dieser Unterantrag wurde von Gladstone bekämpft und mit 252 gegen 231 Stimmen abgelehnt. Schließlich wurde der Antrag Gladstones, morgen eine Sitzung zu halten, mit 258 gegen 229 Stimmen angenommen. — Im Fortgange der Sitzung vertheidigte der Staatssekretär des Krieges Campbell-Bannermann das jetzige Heeressystem Englands und hob hervor, Niemand in England würde daran denken, sich in einen Krieg mit dem Festland einzulassen; England bedürfe eines Heeres für Indien, für die Kolonien, zur Vertheidigung Englands und zu kleinen Expeditionen, er sei bereit, wo sich Mängel im Heere zeigen sollten, solche abzustellen. Hierauf wurde ein Antrag auf Vertagung der Debatte mit 225 gegen 167 Stimmen abgelehnt und sodann der Unterantrag Wolmers, in welchem erklärt wird, das gegenwärtige System der Militärverwaltung sichere weder die gehörige Sparsamkeit in Friedenszeiten, noch die Wirksamkeit der nationalen Vertheidigung, ohne besondere Abstimmung verworfen.

London, 10. März. Salisbury, Balfour und Churchill empfingen im Laufe des heutigen Nachmittags eine große Deputation von Vertretern der hervorragendsten Handelsinteressen Irlands, unter ihnen den Gouverneur und zwei Direktoren der Bank von Irland, die Direktoren der Eisenbahnen und der Handelskammern. Der Führer der Deputation verlas eine Adresse, in welcher nachgewiesen wird, daß die Annahme der Homerule-Bill den wachsenden Wohlstand Irlands vernichten würde. Der Direktor der „Great Northern Railway“ in Irland hob hervor, daß der Werth der Eisenbahnaktien während der letzten Wochen um eine halbe Million Pfund Sterling gesunken sei. Salisbury gab in der Erwiderung seiner aufrichtigen Sympathie mit der Deputation Ausdruck und rieth ihr, nur den Muth nicht sinken zu lassen, es lägen günstige Anzeichen vor, daß die öffentliche Bewegung gegen Homerule in England im Wachsen sei. Balfour fügte hinzu, Homerule würde für Irland den Bankrott im Gefolge haben.

London, 10. März. Die „Financial News“ melden, der amerikanische Schatzsekretär habe Verhandlungen mit dem Bankhause Rothschild eingeleitet, welches Obligationen im Betrage von zwei Millionen Pfund Sterling Gold übernehmen und dieselben ein Jahr lang in Händen behalten würde. Dies würde einer Anleihe gleichkommen und vorübergehend die Beunruhigung lindern, welche auf gewissen offiziellen Kreisen lastet.

Belgrad, 10. März. Bei den Wahlen in Belgrad wurden 2757 liberale Stimmen, 1034 radikale, 425 fortschrittliche und 43 Stimmen von Wählern ohne bestimmte Parteirichtung abgegeben; es sind demnach gewählt die Kandidaten der Liberalen: Finanzminister Stojanowics, sowie die Kaufleute Stamankovics und Jokovics; der Rest der Stimmen entfällt auf den Radikalen Pasic. Außer den bereits gemeldeten Städten wählten auch Csupria, Loznica, Takovo, Vranja und Dobrinje liberal; in Uzize siegten die Radikalen. Die ersten Berichte über die Wahlen in den Landgemeinden melden ebenfalls einen Wahlsieg der Regierung.

Belgrad, 10. März. Nach den bisher bekannt gewordenen Wahlresultaten wählten 20 Städte liberal, neun radikal; in Pirot und Cacak sind Nachwahlen erforderlich. Die Ruhe ist nirgends ernstlich gestört worden. Die bisherigen, theilweisen Wahlberichte aus den Landgemeinden ergeben eine große Majorität für die Regierung. Ein verläßliches Gesammtresultat läßt sich erst morgen erwarten. — Die in einigen höheren militärischen Kommandostellen erfolgten Veränderungen wurden lediglich im Interesse des Dienstes vorgenommen.

Washington, 10. März. Die Vorlage betreffend die Belassung von Blockzinn auf der Liste der frei einzuführenden Artikel wurde — entgegen gegentheiliger Zeitungsmeldungen — vom Senate nicht angenommen, obgleich der Finanzausschuß deren Annahme befürwortet hatte.

Mons, 11. März. Ein umfangreicher Streik droht in der nächsten Woche im Kohlenbecken von Borinage auszubrechen. Durch Flugblätter werden die Grubenarbeiter aufgefordert, sich auf einen Gesammtstreik vorzubereiten. Zahlreiche Zusammenkünfte der Bergarbeiter finden statt.

Boston, 10. März. Eine Feuersbrunst zerstörte heute Abend einen großen Theil des Geschäftsviertels. Das Geschäftslokal der Singer-Nähmaschinen-Gesellschaft, sowie ein großes Hotel und andere große Geschäftshäuser sind gänzlich abgebrannt; zwei Leute sind umgekommen, viele andere verletzt.

Handel und Verkehr.

** **Wien**, 10. März. Die Bilanz der Bodenkreditanstalt pro 1892 weist einen Reingewinn von 3 132 192 Goldgulden auf. Der Verwaltungsrath beantragt die Vertheilung einer Dividende von 35 Francs. Die Dotirung des ordentlichen Reservefonds ist mit 507 850 Goldgulden und diejenige des außerordentlichen Reservefonds mit 550 000 Goldgulden vorgesehen. Auf neue Rechnung werden 140 416 Goldgulden vorgetragen.

Marktberichte.

Bromberg, 10. März. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 140—145 M., feinster über Notiz. — Roggen 108—115 M. feinster über Notiz. — Gerste nach Qualität 120—128 M — Brau- 129—138 M. — Erbsen, Futter- 120—130 M. — Kocherbsen nom. 140—160 M. — Hafer 125—135 M. — Spiritus 70er 33,00 Mark.

Breslau, 10. März. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo —. Gekündigt — Ztr., abgelaufene Kündigungsscheine —, p. März 130,00 Br., April-Mai 132,00 Br. Mai-Juni 133,00 Br., Juni-Juli 136,00 Br. Hafer (p. 1000 Kilo) p. März 132,00 Gd. Rüböl (p. 100 Kilo) p. März 52,50 Br. April-Mai 52,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Prozent) ohne Faß: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gekündigt — Liter, abgelaufene Kündigungsscheine —, p. März 50er 52,00 Gd. März 70er 32,30 Gd. April-Mai 32,80 Gd. Zink. Ohne Umsatz.

Die Börsenkommission.

** **Leipzig**, 10. März. [Wollbericht.] Kammzug-Termin-Handel. La Plata. Grundmuster B. p. März 3,77½ M., p. April 3,77½ M., p. Mai 3,77½ M., p. Juni 3,82½ M., p. Juli 3,85 M., p. August 3,87½ M., per Sept. 3,87½ M., per Oktober 3,92½ M., per November 3,92½ M., per Dezember 3,95 M., p. Januar — M., p. Februar — M. Umsatz — Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1893.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
10. Nachm. 2	744.5	NW Sturm	zieml. heiter	+ 6,4
10. Abends 9	744,8	W stürmisch	heiter [1])	+ 1,9
11. Morgs. 7	750,2	W stark	bedeckt	+ 0,6

[1]) Den Tag über mit Unterbrechung Regen,. Nachmittags 3 Uhr Schnee; Abends Hagel und Schnee.

Am 10. März Wärme-Maximum + 6,6° Cels.
Am 10. „ Wärme-Minimum — 1.0° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. März Morgens 3,44 Meter
„ „ 10. „ Mittags 3,42 „
„ „ 11. „ Morgens 3,32 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Hamburg, 10. März. Sehr fest.
Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br., 2784 Gd.
Silber in Barren pr. Kilo 113,00 Br., 112,50 Gd.

Frankfurt a. M., 10. März. (Schlußkurse). Fest.
Lond. Wechsel 20,43, 3proz. Reichsanleihe 87,50, österr. Silberrente 82,90, 4⅕proz. Papierrente 82,80, do. 4proz. Goldrente 98,90, 1860er Loose 128,20, 4proz. ung. Goldrente 97,20, Italiener 92 90, 1880er Russen —,—, 3. Orientanl. 70,50, unifiz. Egypter 100,60, konv. Türken 21,90, 4proz. türk. Anl. —,—, 3proz. port. Anl. 21 60, 5proz. serb. Rente 79,20, 5proz. amort. Rumänier 98,20, 6proz. konsol. Mexik. 79,60, Böhm. Westbahn 316, Böhm. Nordb. 162,00, Franzosen —, Galizier —,—, Gotthardbahn 156,40, Lombarden 92, Lübeck-Büchen 136,20, Nordwestbahn —, Kreditaktien 284¼, Darmstädter 140,80, Mitteld. Kredit 100,40, Reichsb. 150,00, Disk.-Kommandit 188,80, Dresdner Bank 154,00, Pariser Wechsel 81,166, Wiener Wechsel 168,45, serbische Tabaksrente 78,70, Bochum. Gußstahl 135,50, Dortmund. Union 66,00, Harpener Bergwerk 141,70, Hibernia 118,50, 4proz. Spanier 64,00, Mainzer 111,90, Berliner Handelsgesellschaft 14ä,30, Kronenrente 94,10.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 285⅛, Disk.-Kommandit 188,90, Laurahütte 109,30.

Breslau, 10. März. (Schlußkurse.) Behauptet.
Neue 3proz. Reichsanleihe 87,30, 3½ proz. L.-Pfandbr. 98,70, Konsol. Türken 22,00, Türk. Loose 92,00, 4proz. ung. Goldrente 97,00, Bresl. Diskontobank 102,00, Breslauer Wechslerbank 98,75, Kreditaktien 182,90, Schles. Bankverein 117 60 Donnersmarckhütte 92,25, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 125,00, Oberschles. Eisenbahn 55,25, Oberschles. Portland-Zement 76,50, Schles. Cement 126,90, Oppeln. Zement 93 00, Schl. D. Zement —,—, Kramsta 134,25, Schles. Zinkaktien 184,50, Laurahütte 108,00, Verein. Oelfabr. 91 50, Oesterreich. Banknoten 168,65, Russ. Banknoten 216,25, Giesel Cement 8 ,75. 4proz. Ungarische Kronenanleihe 94,15.

London, 10. März. (Schlußkurse.) Fest.
Engl. 2¾ proz. Consols 98¼, Preuß. 4proz. Consols 106,00, Italien. 5 proz. Rente 91⅛, Lombarden 9⅞, 4proz. 1889 Russen II. Serie) 99⅝, konv. Türken 22⅛, österr. Silberr. 81, österr. Goldrente 99, 4proz. ungar. Goldrente 96, 4prozent. Spanier 64⅝, 3½ proz. Egypter 95¼, 4proz. unific. Egypter 99¾, 4proz. ungar. Egypter —, 4¼proz. Tribut-Anl. 99, 6proz. Mexikaner 81¼, Ottomanbank 13⅜, Suezaktien —, Canada Pacific 87⅝, De Beers neue 18½, Platzdiskont 1⅝, Silber 38¼.

Paris, 10. März. (Schlußkurse.) Behaptet.
3prozentige amort. Rente 98,05, 3proz. Rente 97,95, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 92,77½, öster. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 96,68, 3. Orient-Anl. 70,95, 4proz. Russen 1889 98,80, 4proz. Egypter —.—, konv. Türken 22,37½, Türkenl. 92,50, Lombarden 247,50, do. Prioritt. —,—, Banque Ottomane 587,00, Panama 5 proz. Obligat. —,—, Rio Tinto 389,30, Tab. Ottom. 384,00, Neue 3proz. Rente —,—, 3proz. Portugiesen 21⅝, 3proz. Russen 79,25, Privatdiskont 1⅞.

Produkten-Kurse.

Köln, 10. März. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 16,95, do. fremder loko 17,75, per März 16,20, per Mai 16,40. Roggen hiesiger loko 14,25, fremder loko 16,75, per März 14,05, per Mai 14,25. Hafer hiesiger loko 14,25, fremder —,—. Rüböl loko 56.00 per Mai 53,70, per Okt. 53,70. Wetter: Veränderlich.

Bremen, 10. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Still. Loko 5,20.

Baumwolle. Ruhig. Uplandmiddl. loko 48¼ Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung p. März 48¼ Pf., p. April 48½ Pf., p. Mai 48¾ Pf., p. Juni 49 Pf., p. Juli 49¼ Pf., per August 49½ Pf.

Schmalz. Matt. Shafer — Pf., Wilcox 61 Pf., Choice Grocery 61 Pf., Armour 61 Pf. Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 52 Pf, Cudahy 61.

Wolle. Umsatz 270 Ballen.

Tabak. Umsatz: 6000 Packen St. Felix, 86 Seronen Havannah, 892 Seronen Carmen.

Bremen, 10. März. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 156½ Gd., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 118⅜ Gd.

Hamburg, 10. März. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holsteinscher loko neuer 152—155. — Roggen loko ruhig mecklenb. loko neuer 132—134. russischer loko ruhig, transito 104 nom. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl unverzollt) beh., loko 52. — Spiritus loco still, per März 22½ Br., per März-April 22½ Br., per April-Mai 22½ Br., Mai-Juni 22¾ Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack. — Petroleum loco fest, Standard white loko 5,20 Br., per August-Dezember 5,15 Br. — Wetter: Veränderlich.

Hamburg, 10. März. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per März 84½, per Mai 82¼, per Sept. 81¾, per Dez 80½. Ruhig.

Hamburg, 10. März Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per März 14,37½, per Mai 14,52½, per Sept. 14,45, per Dez. 13,07½. Abgeschwächt.

Pest, 10. März. Produktenmarkt. Weizen fest, per Frühjahr 7,31 Gd., 7,33 Br., per Herbst 7,46 Gd., 7,48 Br. Hafer per Frühjahr 5,57 Gd., 5,59 Br. Mais per Mai-Juni 4,67 Gd. 4,60 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,85 Gd., 11,95 Br. — Kalt.

Paris, 10. März Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen ruhig, p. März 21,10, p. April 21,30, p. Mai-Juni 21,70, p. Mai-August 21,90. — Roggen ruhig, per März 13,70, per Mai-August 14,20. — Mehl ruhig, per März 47,10, per April 47,30, p. Mai-Juni 47,70, per Mai-August 48,00. — Rüböl behpt., per März 59,00, per April 59,25, per Mai-August 60,25, p. Sept.-Dez. 60,50. — Spiritus fest, per März 48,75, per April 48,75, p. Mai-August 48,50, per Sept.-Dez. 44,25. — Wetter: Schön.

Paris, 10. März. (Schluß.) Rohzucker fest, 88 Proz. loko 38,50. Weißer Zucker fest, Nr. 3, per 100 Kilogramm per März 40,87½, per April 41,12½, per Mai-August 41,75, per Okt.-Dez. 37,00.

Havre, 10. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Baisse.

Rio 8000 Sack, Santos 8000 Sack Rezettes für gestern.

Havre, 10. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 106,50, per Mai 103,00, p. Sept. 102,25. Behauptet.

Amsterdam, 10. März. Bancazinn 57⅝.

Amsterdam, 10. März. Java-Kaffee good ordinary 54½.

Amsterdam, 10. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März 169, per Mai 173. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine niedr. per März 143, p. Mai 131. — Rüböl loko 27¼, per Mai 26¾, dto. per Herbst 26¼.

Antwerpen, 10. März. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste ruhig.

Antwerpen, 10. März. (Telegr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., Mai 4,65, Juni 4,77½, Oktbr. 4,85 Käufer.

Antwerpen, 10. März. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅝ bez. und Br., p. März — bez., 12⅝ Br., per April-Mai — bez., 12⅝ Br., per Sept.-Dez. — bez., 12⅞ Br. Fest.

London, 10. März. 96 pCt. Javazucker loko 16½ fest, Rüben-Rohzucker loko 14⅜ fest. Wetter: —.

London, 10. März. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Kälter.

London, 10. März. Chili-Kupfer 45⅛, per 3 Monat 45 9/16.

London, 10. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sämmtliche Getreide fast geschäftslos, allgemein schwach. Fremder Weizen seit Montag ¼—½ sh. niedriger. Gerste ruhig, aber stetig. — Wetter: Kälter.

Glasgow, 10. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 41 sh. 2½ d.

Glasgow, 10. März. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 347 313 Tons gegen 497 976 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 69 gegen 87 im vorigen Jahre.

Liverpool, 10. März. Getreidemarkt. Weizen ½—1 d. niedriger, Mehl ruhig. — Wetter: Schön.

Liverpool, 10. März. (Baumwollen-Wochenbericht.) Wochen-Umsatz 37 000 B., do. von amerikanisch. 30 000 B., do. für Spekulation 1,000 B., do. für Export 3 000 B., do. für wirkl. Konsum 26 000 B., desgl. unmittelbar ex Schiff 43 000, wirkl. Export 6 000 B., Import der Woche 49 000 B., davon amerikanische 38 000 B., Vorrath 1 660 000 B., davon amerikanische 1 409 000 schwimmend nach Großbritannien 90 000 B., davon amerikanische 80 000 Ballen.

Liverpool, 10. März, Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 4000 Ball., davon für Spekulation und Export 200 Ballen. Amerikaner ruhiger, Surats unverändert

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 4 15/16, Mai-Juni 4 31/32, Juli-August 5 1/32, Septbr.-Oktober 4 61/64 d. Käuferpreis.

Liverpool, 10. März. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 4000 Ballen, davon für Spekulation und Export 200 Ballen. Weichend

Middl amerikan. Lieferungen: März-April 4 59/64 Käuferpreis, April-Mai 15/16 Verkäuferpreis, Mai-Juni 4 61/64 Käuferpreis, Juni-Juli 4 31/32 do., Juli-August do., August-September 5 Verkäuferpreis, Septbr.-Oktober 4 15/16 Käuferpreis, Okt.-Nov. 4 59/64 d. Werth.

Newyork, 9. März Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9 3/16, do. in New-Orleans 9 — Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,55, do. Pipeline Certifikates, pr. April 63. Stetig. Schmalz loko 12,85, do. Rohe u. Brothers 13,10 Zucker (Fair refining Muscovad.) 3. Mais (New) p. März 53½, p. Mai 51, p. Juli 51⅛. Rother Winterweizen loko 77½ Kaffee Rio Nr. 7, 17⅞. Mehl (Spring clears) 2,45. Getreidefracht 1¼. — Kupfer 11,75—11,85. Rother Weizen per März 75¾, per April —, per Mai 78¼, per Juli 80 Kaffee Nr. 7 low ord. p. April 16,95, p. Juni 16,60.

Chicago. 9. März. Weizen per März 73, per Mai 76, Mais per März 41¼. Speck short clear 10,37½. Pork per März 17,95.

Newyork, 10. März. Weizen pr März 74⅞ C., pr April —, pr. Mai 77¼ C.

Berlin, 11. März. Wetter: Stürmisch.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 10. März. Die heutige Börse eröffnete in mäßig fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen anfangs vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten wenig günstig, gewannen aber hier keinen bemerkenswerthen Einfluß auf die Stimmung. Hier trat vielmehr sehr bald in Folge von Deckungsbegehr eine allgemeine Befestigung der Haltung hervor und das Geschäft gewann allmählichere Ausdehnung. Der Börsenschluß blieb fest. Der Kapitalsmarkt wies feste Gesammthaltung auf für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preußische konsol. Anleihen gut behauptet, 4prozent. und 3½prozent. Reichs-Anleihe etwas besser. Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien in fester Haltung mäßig lebhaft um; Lombarden fest, Buschtehrader etwas anziehend, auch Gotthardbahn und andere Schweizerische Bahnen fester. Der Privatdiskont wurde mit 1¾ Prozent notirt. Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten bei ruhigem Handel ihren Werthstand behaupten; Italienische, Ungarische Goldrenten fester, auch Russische Noten etwas besser. Inländische Eisenbahnaktien recht fest und mäßig lebhaft: Lübeck-Büchen, Marienburg-Mlawka und Ostpreußische Südbahn etwas anziehend. Bankaktien fester, besonders die spekulativen Hauptdevisen, wie Diskonto-Kommandit-, Berliner Handelsgesellschafts-Antheile, Aktien der Dresdner und Deutschen Bank zu etwas anziehenden Kursen mehr gehandelt. Industriepapiere ziemlich fest, Montanwerthe anziehend und lebhafter.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. März. In Newyork war der Weizenmarkt gestern sehr flau und ¾ M. niedriger. An der hiesigen Getreidebörse war diese Thatsache heute namentlich anfänglich von geringem Einfluß, trotzdem gestern noch eine Seglerladung La Plata-Weizen April-Mai-Abladung für unseren Platz zum Abschluß gekommen war. Das Geschäft in Weizen ruhte anfangs fast ganz, später kam ein sehr mäßiges Geschäft zu ½ M. niedr. Preisen zu Stande. Von Roggen sind von Importeuren mehrere schwimmende Partien nach Holland begeben, für welche Deckungen vorgenommen wurden. Nahe Sichten konnten sich in Folge dessen unter Schwankungen ziemlich behaupten, dagegen gaben Herbsttermine um ¾ M. nach. Hafer still bei fest behaupteten Preisen; Abgeber hielten zurück. Mais stark angeboten und billiger. Roggenmehl still und wenig verändert. Rüböl bei kleinen Umsätzen fest behauptet. Die Lokozufuhr von Spiritus wurde zu um 30 Pfennig höheren Preisen aufgenommen, zum Theil für Hamburger Rechnung. Termine still und 30 Pfennig billiger.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Loko ruhig. Termine wenig verändert. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 140—156 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 152,25—152,5 bez., per Mai-Juni 153,75—154 bez., per Juni-Juli 154,75—155,25—155 bez., per Juli-August 156 bis 156,25 bez., per Sept.-Okt. —.

Roggen per 1000 Kilogr. Loko bessere Frage. Termine fest. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis —. Loko 124 bis 133 M. nach Qual., Lieferungsqualität 129 M., inländischer guter 129—130 M., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 132,75—132,5—133 bez., per Mai-Juni 134,25—134,5 bez., per Juni-Juli 135,5—135,75 bez., per Juli-August 136,5—136,25 bez., per Sept.-Oktbr. 137,5—137 bez.

Gerste per 1000 Kilogr. Still. Große und kleine 138—175, Futtergerste 115—135 Mk. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko behauptet. Termine still. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 140—158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 142 M. Pommerscher und preußischer mittel bis guter 141—144 bez., feiner 145—149 bez., schlesischer mittel bis guter 142—145 bez., feiner 146—150 bez., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 143,25 M., per Mai-Juni 143,5 bez., per Juni-Juli 143,75 bez.

Mais per 1000 Kilogr. Loko viel offerirt. Termine niedriger. Gekündigt 50 Tonnen. Kündigungspreis 109,5 M. Loko 111 bis 122 M. nach Qual., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 108,75 bez., per Mai-Juni 108—107,75 bez., per Juni-Juli 108—107,75 bez., per Juli-August —, per Sept.-Okt. —.

Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 160—205 M. nach Qual., Futterwaare 137—149 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine schließt fest. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat 17,25 bez., per April-Mai 17,3—17,35 bez., per Mai-Juni 17,5 bez., per Juni-Juli 17,65 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack, per diesen Monat 19,75 Br. Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack per diesen Monat 10,70 Br.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto inkl. Sack, per diesen Monat 19,75 Br.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß. Behauptet. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß — M., ohne Faß — M., per diesen Monat —, per April-Mai 50,7—50,8 bez., per Mai-Juni 50,9 M., per Sept.-Okt. 51—51,2 bez.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt —. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 54,9 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis —. Loko ohne Faß 35,3-35,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Loko höher. Termine matter. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat und per März-April 33,9—33,5 bez., per April-Mai 34,2-33,8 bez., per Mai-Juni 34,4—34,1 bez., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per August-Sept. 35,9 bis 35,6 bez.

Weizenmehl Nr. 00 21,75—19,75 bez., Nr. 0 19,5—17,5 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,5—16,5 bez. do. feine Marken Nr. 0 u. 1 18,5—17,5 bez. Nr. 0 1,50 Mk höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. — 4¼ M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. 2 M. 7 Gulden südd. W. — 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto Wechs. v. 10. März.

Amsterdam	2½	8 T.	169,05 bz
London	3½	8 T.	20,42⁵ bz
Paris	2½	8 T.	81,15 bz
Wien	4	8 T.	168,55 bz
Petersburg	4½	3 W.	215,50 bz
Warschau	5½	8 T.	215,90 bz

In Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1¾ G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,405 bz
20 Francs-Stück	16,265 bz
Gold-Dollars	4,1875 G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,44 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,50 bz
Oestr. Noten 100 fl.	168,70 bz G.
Russ. Noten 100 R.	216,20 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,70 bz
do. do.	3½	101,20 bz G.
do. do.	3	87,50 bz G.
Prss. cons. Anl.	4	107,50 bz
do. do.	3½	101,25 bz G.
do. do.	3	87,50 bz G.
do Scrips, int.		
Sts.-Anl. 1868	4	102,20 G.
Sts.-Schld-Sch.	3½	100,00 G.
Berl. Stadt-Obl.	3½	99,10 bz G.
do. do. neue	3½	99,10 bz G.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	97,80 bz G.
Pfandbriefe: Berliner	5	114,50 bz
do.	4½	108,60 bz
do.	4	104,30 G.
do.	3½	99,00 G.
Ctrl. Ldsch.	4	
do. do.	3½	98,80 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3½	98,80 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	97,70 bz
Pommer.	3½	99,00 B.
do.	4	
Posensch.	4	102,50 G.
do.	3½	98,00 B.
Schls. altl.	3½	98,70 bz
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	98,70 bz
do.	4	
do. neudo.	3½	98,70 bz
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	97,90 bz
do. neul. II.	3½	97,90 G.
Rentenbriefe: Pommer.	4	103,10 G.
Posensch.	4	103,10 B.
Preuss.	4	103,20 G.
Schles.	4	103,25 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	105,00 G.
Bayer. Anleihe	4	107,40 B.
Brem. A. 1892	3½	98,50 B.
Hmb. Sts. Rent.	3½	98,50 G.
do. do. 1886	3	87,00 B.
do. amort. Anl.	3½	98,10 G.
Sächs. Sts. Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	87,90 G.
Prss. Präm.-Anl	3½	
H. Pr.-Sch. 40 T	—	
Bad. Präm.-An.	4	140,30 G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,60 G.

Brnsch. 20 T. L.	—	104,40 G.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	133,30 bz
Dess. Präm.-A.	3½	144,00 G.
Ham. 50 T.-L.	3	136,25 B.
Lüb. 50 T.-L.	3½	129,70 B.
Mein. 7 Guld-L.	—	28,40 bz
Oldenb. Loose	3	128,00 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	44,20 bz G.
do. do.	5	45,00 bz G.
Bukar. Stadt-A.	5	97,75 G.
Buen. Air. Obl.	5	35,40 bz G.
Chines. Anl.	5½	105,90 G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	96,30 bz
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	93,90 bz G.
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	58,10 bz
Griech. Gold-A	5	70,30 bz G.
do. cons. Gold	4	53,00 G.
do. Pir.-Lar.	5	61,60 bz G.
Italien. Rente	5	93,25 bz
Kopenh. St.-A.	3½	93,70 G.
Lissab. St. A. I. II	4	50,25 bz G.
Mexikan. Anl.	6	81,50 bz G.
Mosk. Stadt-A.	5	68,20 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	88,25 bz
Oest. G.-Rent.	4	98,60 B.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	83,00 G.
do. do.	5	84,25 G.
do. Silb.-Rent.	4⅕	82,75 bz G.
o. 250 Fl. 54.	4	130,50 G.
do. Kr 100 (58)	—	339,90 bz B.
do. 1860er L.	5	128,10 bz G.
do. 1864er L.	—	337,00 G.
Poln. Pf-Br. I-V	5	67,90 G.
do. Liq.-Pf.-Br	4	66,00 G.
Portugies. Anl. 1888—89	—	32,10 G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	97,80 bz
Röm. Stadt-A.	4	90,75 bz G.
do. II. III. VI.	4	85,00 bz G.
Rum. Staats-A.	4	84,50 G.
do. Rente 90	4	84,60 B.
do. do. fund.	5	102,80 bz
do. do. amort.	5	98,30 bz B.
Rss. Eng. A. 1822 (Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	98,40 bz
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	104,10 B.
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	69,10 bz
III. Orient 1879	5	70,20 bz
Nikolai-Obl	4	99,10 bz G.
Pol. Schatz-O.	4	96,90 G.
Pr.-Anl. 1864	5	161,25 bz
do. 1866	5	152,20 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	106,60 G.
do. neue	4½	101,30 bz G.
Schwedische	3½	96,90 bz
Schw. 1890	3½	96,75 bz B.
do. d. 1888	3	87,80 G.

Schw Hyp.-Pf.	4½	102,60 bz G.
Serb. Gld-Pfdb.	5	89,00 G.
do. Rente	5	78,90 bz G.
do. neue 85	5	78,90 bz G.
Stockh. Pf. 85.	4½	102,75 bz G.
do. St.-Anl. 85	4	102,00 G.
Span. Schuld.	4	64,75 B.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	33,00 bz
do. do. C.	1	22,60 bz G.
do. Consol. 90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	92,75 bz G.
do. Eg Trib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	97,40 bz
do. Gld.-Inv.-A.	5	102,00 G.
do. do. do.	4½	101,70 B.
do. Papier-Rnt.	5	84,30 bz G.
do. Loose	—	270,90 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,70 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	65,00 bz G.
Altenbg.-Zeitz	—	204,25 bz
Crefelder	4	77,75 bz
Crefld-Uerdng	0	66,50 G.
Dortm.-Ensch.	—	108,70 bz
Eutin. Lübeck	—	44,50 bz
Frnkf.-Güterb.	—	74,90 bz
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	226,00 G.
Lübeck-Büch.	—	141,50 G.
Mainz-Ludwsh	—	115,80 bz
Marnb.-Mlawk.	—	69,70 bz
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	
Ostpr. Südb.	—	78,00 bz
Saalbahn	—	26,50 bz G.
Stargrd-Posen	4½	
Weimar-Gera	—	16,50 B.
Werrabahn	—	70,60 bz
Albrechtsbahn	1	40,10 bz
Aussig-Teplitz	—	441,00 bz
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	83,50 G.
Buschtherader	—	205,25 bz G.
Canada Pacifb.	5	84,40 bz
Dux-Bodenb.	—	
Galiz. Karl-L.	4½	92,50 B.
Graz-Köflsch.	—	114,75 bz
Kaschau-Od.	4	
Kronpr. Rud.	4¾	84,60 G.
Lemberg-Cz.	6½	109,25 bz G.
Oester. Staatsb	4	
do. Lokalb.	—	93,00 bz
do. Nordw.	4¾	
do. Lit. B. Elb.	—	106,50 bz
Raab-Oedenb.	—	29,75 bz
Reichenb.-P.	3,81	83,00 bz
Südöstr. (Lb.)	—	49,60 bz
Tamin-Land	0	12,30 bz
Ungar.-Galiz.	5	87,00 bz
Balt. Eisenb	3	68,25 bz
Donetzbahn	5	
Ivang. Domb.	5	
Kursk-Kiew	12,150	
Mosco-Brest	3	
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	78,00 G.

Wrsch.-Teres.	5	
Wrsch.-Wien.	—	97,10 G.
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	—	105,25 bz
Gotthardbahn	—	166,80 bz
Ital. Mittelm.	5	102,70 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	129,10 G.
Lüttich-Lmb.	—	25,30 bz G.
Lux. Pr. Henri	—	72,00 bz G.
Schweiz. Centr	—	124,80 bz
do. Nordost	—	111,00 G.
do. Unionb.	—	78,20 bz
do. Westb.		
Westsicilian.		64,20 bz G.

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4½	113,30 G.
Bresl-Warsch.	—	57,10 bz G.
Czakat.-St.-Pr.	5	
Dux-Bodnb AB.	—	
Paul-Neu-Rup.	5	111,75 bz B.
Prignitz	4½	104,10 G.
Szatmar-Nag.	—	91,30 bz
Dortm.-Gron.	—	115,30 bz G.
Marienb Mlawk	—	111,30 G.
Mecklb. Südb.	—	25,30 G.
Ostpr. Südb.	—	109,90 G.
Saalbahn	—	93,50 bz G.
Weimar-Gera	-	86,75 bz G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Breslau-Warschauer Bahn	5	
Gr. Berl. Pferde Eisenbahn	4	
Oberschl.	3½	
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	3½	
Werrab. 1890	4	102,00 B.
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	103,30 bz B.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	109,80 G.
do.	4	100,80 G.
Franz.-Josefb.	4	
GalKLudwb g	4½	
do. do. 1890	4	82,20 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,75 G.
KronpRudolfb.	4	82,70 bz B.
do. Salzkammg	4	102,00 bz
LmbCzern. stfr	4	81,50 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	84,40 bz G.
do. Staats-I. II.	3	108,80 G.
do. Gold-Prio.	4	102,10 G.
do. Lokalbahn	4½	85,80 bz G.
do. Nordwestb.	5	93,00 bz G.
do. NdwB. G-Pr	5	108,50 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	92,60 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	70,40 B.
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	
Rchb Gold-Prior.	4	
Südöst- B. (Lb.)	3	65,90 bz
do. Obligation.	5	105,00 bz
do. Gold-Prior.	4	99,00 G.

Baltische gar.	5	
Brest-Grajewoar	5	
Gr. Russ. Eis. g	3	79,75 G.
Ivang.-Dombr. g.	4½	101,25 bz G.
Kozlow-Wor. g.	4	92,10 bz G.
do. 1889	4	93,80 B.
do. Chark. As. (O)	4	92,10 bz G.
do. (Oblig.) 1889	4	93,80 B.
Kursk-Kiew conv	4	94,40 bz
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	68,00 bz
do. Kursk gar.	4	
do. Rjäsan gar.	4	95,30 bz
do. Smolensk g.	5	102,75 G.
Orel-Griasy conv	4	92,50 G.
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	94,10 bz G.
Rjaschk-Morcz. g	5	102,50 G.
Rybinsk-Bolog.	5	
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	95,20 bz
Transkaukas. g.	3	79,20 G.
Warsch.-Ter. g.	5	103,00 bz
Warsch.-Wien n.	4	99,50 bz
Wladikawk. O. g.	4	94,80 bz
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	91,10 bz G.
Gotthardbahnov.	4	103,10 G.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	58,10 bz G.
Süd-Ital. Bahn	3	
Serb. Hyp.-Obl.	5	82,00 bz G.
do. Lit. B.	5	79,40 G.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	100,40 G.
Northern Pacific	6	113,90 bz G.
San Louis-Franc.	6	107,00 G.
Southern Pacific	6	112,00 G.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	94,00 G.
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,30 G.
do. do. II.	3½	108,40 bz
do. do. III. abg.	3½	100,25 bz
do. do. IV. abg.	3½	100,25 bz
do. do. V. abg.	3½	94,75 B.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	113,00 bz G.
do. do.	4	103,00 bz G.
do. do.	3½	96,00 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkündbar bis 1./1. 1900)	4	103,50 bz
do. do. (rz 100)	3½	95,50 G.
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,40 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	130,50 G.
Pomm. Hypoth.-Akt.		
B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,50 G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,25 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,60 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,90 G.
do. do. X. (rz. 110)	4½	112,00 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,30 B.
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	102,00 G.
do. do. (rz. 100)	3½	97,30 bz G.
do. do. kündb. 1900	4	103,50 bz G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	97,00 bz G.

Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,00 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	97,60 G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	103,00 bz G.
do. do. do.	3½	97,40 bz G.
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	101,90 G.
do. do. (rz. 100)	3½	96,60 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	106,00 G.
do. do. (rz. 110)	4	102,00 bz G.
do. do. (rz. 100)	4	101,40 G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	—	67,80 G.
Berl. Cassenver.	4½	133,50 G.
do. Handelsges.	—	152,00 bz
do. Maklerver.	8½	129,50 G.
do. Prod-Hdbk.		105,50 bz G.
Börsen-Hdlsver.	6½	138,25 G.
Bresl. Disc.-Bk.	—	102,25 bz G.
do. Wechslerbk.	—	98,50 G.
Danz. Privatbank	—	
Darmstädter Bk.	—	144,90 bz
do. do. Zettel	—	102,00 G.
Deutsche Bank	—	171,75 bz B.
do. Genossensch	—	119,00 bz G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	—	117,75 bz G.
Disc.-Command	—	188,75 bz G.
Dresdener Bank	—	158,00 bz G.
Gothaer Grundcreditbank	—	90,30 G.
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	—	97,75 G.
Leipziger Credit	4½	176,00 G.
Magdeb. Priv.-Bk	—	108,10 G.
Maklerbank	5	116,50 bz G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	—	135,80 G.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	—	111,00 bz G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	—	104,20 bz
Nationalbk. f. D.	—	119,90 bz
Nordd. Grd.-Crd.	—	89,10 bz G.
Oester. Credit-A	—	
Petersb. Disc.-Bk	—	
do. Intern. Bk.	—	
Pomm. Vorz.-Akt	6	113,25 G.
Posen. Prov.-Bk.	4½	102,10 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	—	131,00 bz
do. Cnt-Bd 60 pCt	—	159,50 bz
do. Hyp.-Akt.-Bk	6½	121,00 bz G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	104,75 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	218,00 G.
do. Leihhaus	—	92,00 bz
Reichsbank	—	150,10 bz G.
Russische Bank	—	75,90 bz
Schles. Bankver.	5½	117,50 G.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	7½	138,90 bz G.
Anglo Ct. Guano	—	157,25 bz G.
Bauges. Berl.-Charl.	7⅕	1026,00 bz G.
Bauges. City St.-Pr.	—	79,00 B.
Bauges. Dtsche. Bau	—	80,25 G.
Bauges. Hann. St.-P.	—	73,30 G.
Bauges. Humb.	6	128,80 G.
Moabit	8	138,25 bz
Passage	3½	70,50 bz G.
U. d. Linden	0	11,20 G.
Berl. Elekt.-W.	9	141,00 bz G.
Berl. Lagerhof	0	90,10 bz G.
do. do. St.-Pr	3	121,75 bz
Ahrens Br., Mbt.	0	56,00 bz G.
Berl. Bock-Br.	0	45,50 bz G.
Schultheiss-Br.	16	239,80 bz G.
Bresl. Oelw.	3	91,50 G.
Deutsche Asph.	4	86,50 G.
Dynamit Trust	11	142,90 bz
Erdmannsd. Sp.	6	102,25 G.
Fraust. Zucker	0	97,25 bz G.
Glauz. Zucker	12	115,10 bz G.
Gummi Harburg-Wien	20	279,50 bz
do. Schwanitz	0	179,00 G.
do. Voigt Winde	8	131,25 G.
do. Volpl. Schldt.	5	97,30 G.
Hemmoor Cem.	4	108,75 bz G.
Köhlm. Strk.	4	
Körbisdf. Zucker	12	120,50 bz G.
Löwe & Co.	18	259,50 bz
Bresl. Linke	13½	149,50 bz
do. Hofm.	13½	138,75 bz G.
Germ. Vrz.-Akt.	6	84,00 bz G.
Görlitz ov.	8	117,00 G.
Görl. Lüdr.	10	145,50 bz G.
Grusonwerk	10	200,00 bz G.
H. Pauksch	2	
Schwarzkopff	18	247,25 bz G.
Stettin-Vulk.-B.	9	111,50 bz G.
Sudenburg	24	214,75 bz G.
O.-Schl. Cham.	3	71,60 G.
do. Port.-Cem.	5½	76,50 bz G.
Oppeln. Cem.-F.	5½	92,40 bz
do. (Giesel)	6	81,75 bz
Gr. Berl. Pferdb.	12½	231,60 bz G.
Hamb. Pferdeb.	4	98,00 bz G.
Potsd. ov. Pfrdb.	4½	93,50 B.
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zucker	3	70,50 bz G.
Schles. Cem.	9¼	126,00 bz G.
Stett. Bred. Cem.	4	92,00 bz G.
do. Chamott.	15	204,00 bz
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	13½	132,60 bz
Berzelius	12	124,80 bz
Bismarckhütte	8	146,50 bz
Boch. Gusst.-F.	6½	135,50 bz G.
Donnersmarck	—	88,25 G.
Dortm. St.-Pr. A.	1	66,00 bz B.
Gelsenkirchen	12	153,50 bz B.
Hibernia	12	122,75 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	—	44,00 bz G.
Inowracl. Salz	0	45,75 bz G.
König u. Laura	4	109,25 bz G.
Lauchham. ov.	6	104,25 G.
Louis. Tief. St.-Pr	4	112,00 B.
Oberschl. Bd.	2	55,10 bz G.
do. Eisen-Ind.	6	126,50 bz G.
Redenh. St.-Pr.	—	9,40 bz
Riebeck. Mont.	15	173,40 bz
Schles. Kohlw.	0	23,50 bz G.
do. Zinkhütte	18	183,50 B.
do. do. St.-Pr.	18	183,50 B.
Stolb. Zink-H.	2	43,60 bz G.
do. St.-Pr.	7	111,00 bz G.
Tarnowitz ov.	—	
do. do. St.-Pr.	0	36,60 bz

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.